



Wirtschaft Aktuell

US-Protektionismus verschlechtert die konjunkturelle Entwicklung

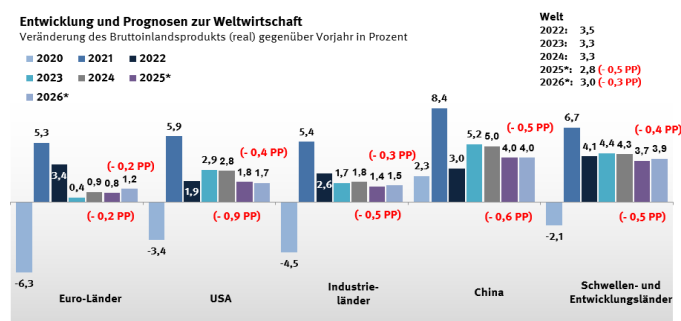
Die von US-Präsident Donald Trump spürbar erhöhten Einfuhrzölle belasten den globalen Handel mit negativen Folgen vor allem für die USA und für einen ihrer wichtigsten Handelspartner: Mexiko. Der Internationale Währungsfonds reduzierte die Wachstumsprognose für die Globalökonomie für 2025 sehr deutlich von 3,3 auf 2,8 Prozent. Die deutsche Wirtschaft wird vermutlich 2025 eher stagnieren und 2026 nur wenig zulegen. Die von der reformierten Schuldenbremse und dem Sondervermögen erhofften zusätzlichen Investitionen werden erst mit einer zeitlichen Verzögerung zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen können. Eine zügige Umsetzung der geplanten Vorhaben und spürbare Entlastungen für die Industrie wären jetzt wichtig, um die Folgen der aus der erratischen US-Handelspolitik resultierenden Unsicherheit zu mindern.

Entscheidungen mit Blick auf die Zukunft sind immer mit Risiken und Unsicherheiten verbunden. Dennoch versuchen Verantwortliche in Politik und Wirtschaft, sich ein möglichst zutreffendes Bild davon zu machen, wie sich die Rahmenbedingungen in absehbarer Zeit verändern werden. Die relevanten Faktoren verändern sich derzeit jedoch in einer Geschwindigkeit, die selbst die erfahrensten Prognostiker vor eine schier unlösbare Aufgabe stellen. In dem Moment, in dem die Prognosen veröffentlicht werden, sind sie bereits obsolet. Auch bei den hier dargestellten Trends handelt es sich um eine Momentaufnahme.

Der am 22. April veröffentlichte wirtschaftliche Ausblick des Internationalen Währungsfonds (IWF) nahm teilweise erhebliche Korrekturen zur Januarprojektion vor. Maßgeblich aufgrund der sprunghaften Zollpolitik der US-Administration (Stand: 2. April 2025) dürfte die Weltwirtschaft – entsprechend des Basisszenarios – in diesem Jahr nur noch um 2,8 Prozent (minus 0,5 Prozentpunkte) und 2026 nur noch um drei Prozent (minus 0,3 Prozentpunkte) wachsen. Damit liegen die Zuwächse deutlich unter ihrem historischen Mittelwert von 3,7 Prozent (2000-2019). Sowohl in den Industrieländern (2025: plus 1,4 Prozent) als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern (2025: plus 3,7 Prozent) wird sich das Wachstum spürbar abkühlen. Die US-Wirtschaft erfuhr mit minus 0,9 Pro-

zentpunkten eine kräftige Abwärtskorrektur (2025: plus 1,8 Prozent). Die politische Unsicherheit, die Außenhandelskonflikte sowie die schwächere Konsumnachfrage lasten schwer auf der Wachstumsdynamik. Vor allem Mexiko, das einen regen Warenhandel mit den USA pflegt, und nun mit drastisch höheren Einfuhrzöllen konfrontiert ist, muss mit einem massiven Einbruch rechnen (2025: minus 0,3 Prozent, minus 1,7 Prozentpunkte). Aber auch der Euroraum (2025: plus 0,8 Prozent; minus 0,2 Prozentpunkte) und etwas stärker noch China (2025: plus 4,0 Prozent; minus 0,6 Prozentpunkte) sind betroffen. In dieser Berechnung noch nicht enthalten: die – vorübergehende – Anhebung der US-Einfuhrzölle auf 125 Prozent auf Waren aus China und die entsprechend erhöhten Einfuhrzölle Chinas gegenüber US-Waren sowie die Ausfuhrbeschränkungen für einige seltene Erden. Mit einer weiteren Korrektur der Prognosen im Sommer muss folglich gerechnet werden.

Wie drastisch die Einfuhrzollerhöhungen der US-Administration sind, zeigt der historische Vergleich: Mit einem effektiven Einfuhrzollsatz von knapp 26 Prozent zum 9. April 2025 schnellte dieser auf ein Niveau, das zuletzt Anfang des letzten Jahrhunderts galt. Die Belastungen für den globalen Handel sind massiv: Statt der noch im Januar erwarteten plus 3,2 Prozent für 2025 erwartet der IWF nur noch plus 1,7 Prozent.



Anteile an der Weltwirtschaftsleistung 2023 in US-Dollar (IWF, World Economic Outlook, Oktober 2024):
USA: 27,3 Prozent, Europäische Union: 16,8 Prozent, China: 17,6 Prozent, Restliche Welt: 40,0 Prozent, nach Kaufkraftparitäten übertraf im Jahr 2023 die nationale Wirtschaftsleistung Chinas die der USA und der Europäischen Union deutlich. Nach Kaufkraftparitäten übertraf die US-BIP nur geringfügig die EU.
Korrektur gegenüber der Januar-Prognose in Prozentpunkten

Quelle: IWF, April 2025 (* = Projection), Veränderung zur Januar-Prognose in Prozentpunkten

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

US-Zollsätze (effektiv) auf alle Einfuhren
in Prozent



Quelle: IMF, WEO April 2025

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik



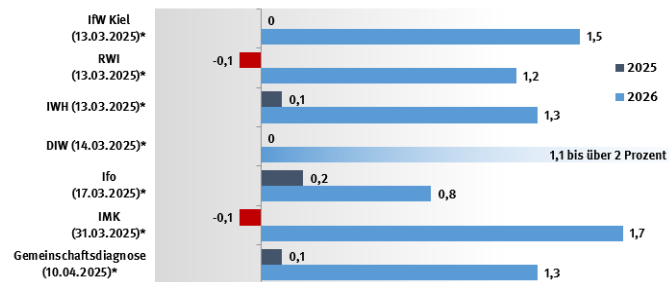
Nach Einschätzung des IWF wird die deutsche Wirtschaft 2025 stagnieren und 2026 um knapp ein Prozent zulegen. Nach zwei Jahren mit leichten Verlusten der Wirtschaftsleistung ist demnach vorläufig mit keiner spürbaren Belebung zu rechnen. Die **Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute** ist mit plus 0,1 und plus 1,3 Prozent nur geringfügig optimistischer. Abgesehen von den geopolitischen und protektionistischen Unsicherheiten belastet die wirtschaftspolitische Unsicherheit im Zuge des Regierungswechsels in Deutschland die weitere Entwicklung. Die Einzelprognosen der Institute berücksichtigen die Vereinbarungen zur Reform der Schuldenbremse und zum Sondervermögen, und damit den erweiterten Spielraum für zusätzliche Investitionen, in unterschiedlicher Weise, da zum Zeitpunkt der Analysen noch keine Klarheit darüber bestand, worauf sich die potenziellen Koalitionspartner einigen werden. In der **Gemeinschaftsdiagnose der Institute** wurden die Reform der Schuldenbremse und das Sondervermögen sowie teilweise die handelspolitischen Entscheidungen der US-Administration und etwaige Reaktionen der Handelspartner berücksichtigt (Stand: Ende März).

Institutsprognosen für Deutschland 2025 und 2026

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent

2023: - 0,3 Prozent

2024: - 0,2 Prozent

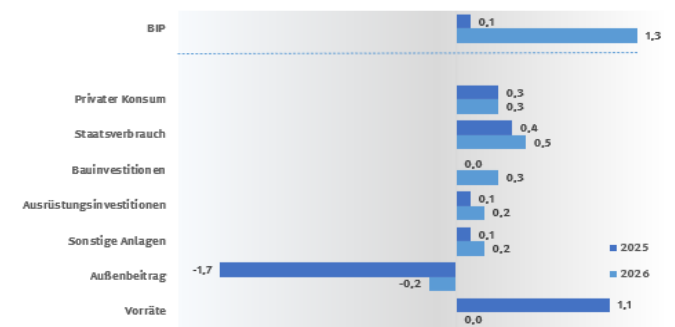


Quelle: Prognosen der Institute, *DIW: Prognose ohne Sondervermögen, mit Sondervermögen beträgt das Wachstum 2026 mehr als zwei Prozent, IWF und IWH: mit Sondervermögen und Reform der Schuldenbremse, RWI: mit erhöhten Verteidigungs- und Investitionsausgaben, Ifo Institut: ohne Sondervermögen und ohne Reform der Schuldenbremse, IMK und Gemeinschaftsdiagnose: mit Sondervermögen und Reform der Schuldenbremse und handelspolitische Entscheidungen bis Ende März
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Stabilisierend wirken entsprechend der Gemeinschaftsdiagnose im Jahr 2025 der private Konsum und der Staatsverbrauch. Die real verfügbaren Einkommen steigen allerdings weniger stark als noch im Vorjahr. Zwar bleibt die Inflationsrate mit 2,2 Prozent gering, jedoch steigen die Krankenversicherungsbeiträge und die Inflationsausgleichsprämien entfallen. Die **Effektivverdienste je Stunde** dürften 2025 um 2,7 und 2026 um 2,3 Prozent zulegen (2024: plus 5,5 Prozent). Darüber hinaus gehen die Institute von einer etwas erhöhten Sparneigung aus. 2025 sinkt die Anzahl der Erwerbstätigen, während die Arbeitslosigkeit zunimmt. Der **Abbau von Arbeitsplätzen** wird vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und bei den Unternehmensdienstleistern erwartet.

Die **Bauinvestitionen** werden sich nur mühsam erholen und erst 2026 einen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Die zusätzlich erhofften öffentlichen Bauinvestitionen dürften aufgrund von Verzögerungen bei den Genehmigungen und der derzeitigen hohen Auslastung im Tiefbau etwas verspätet Wirkung zeigen. Der **zunehmende Protektionismus belastet massiv den Außenhandel**. Der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) mindert das Wachstum im Jahr 2025 um 1,7 und auch noch im kommenden Jahr um 0,2 Prozentpunkte. **Den sinkenden deutschen Exporten stehen weiter steigende Importe gegenüber.**

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2025 und 2026 in Prozentpunkten des BIP-Wachstums



Quelle: Gemeinschaftsgutachten Frühjahr 2025

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

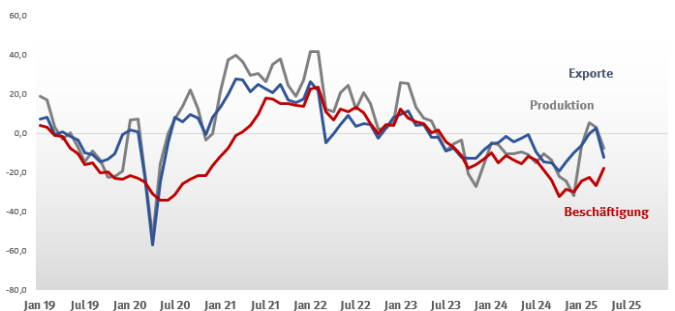
Somit gehen die größten konjunkturellen Gefahren von den unsicheren handelspolitischen Entscheidungen aus. Die Risiken der US-amerikanischen Zollpolitik sind aufgrund des unvorhersehbaren Kurses des US-Präsidenten kaum zu kalkulieren. Die letzten Wochen haben zwar gezeigt, dass ungünstige Entwicklungen auf den Finanzmärkten und ein Gegenlenken betroffener Handelspartner durchaus zu einem Umdenken führen können. Doch die Unsicherheit darüber belastet weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung und trifft die besonders exportabhängige deutsche Wirtschaft und damit das Verarbeitende Gewerbe, das ohnehin aufgrund der ökologischen Transformation, der hohen Energiepreise, des zunehmenden internationalen Wettbewerbsdrucks und des demografischen Wandels stark gefordert ist.

Die aktuellen handelspolitischen Entscheidungen belasten die Stimmungslage in der deutschen Industrie. Der **Ifo Geschäftsklimaindex** ist im Verarbeitenden Gewerbe nach einem starken Anstieg im Vormonat im April wieder gesunken. Dabei waren es die pessimistischeren Erwartungen, die zu diesem Ergebnis führten. In der M+E-Industrie überwiegen jetzt wieder die Pessimisten gegenüber den Optimisten bei den **Erwartungen für die Produktion** (Saldo zwischen positiven und negativen Erwartungen: minus 7,9 Prozentpunkte) **und für den Export** (Saldo: minus 12,3 Prozentpunkte). Trotz leichter Verbesserung wird auch die Beschäftigung in nächster Zeit weiter zurückgefahren (Saldo: minus 18,1 Prozentpunkte). Das gilt für alle Hauptbranchen der M+E-Industrie. Die ungünstigsten Beschäftigungsperspektiven gibt es bei der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (Saldo: minus 27,1 Prozentpunkte), gefolgt von der Metallerzeugung (Saldo: minus 10,2 Prozentpunkte) und den Metallerzeugnissen (Saldo: minus 19,6 Prozentpunkte).

Erwartungen in der Metall- und Elektroindustrie

für die nächsten drei Monate, aktueller Wert: April 2025

Saldo zwischen den jeweiligen positiven (steigt) und negativen (sinkt) Erwartungen*



* Differenz in Prozentpunkten

Quelle: Ifo Institut

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik